Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Hessen

Bauinvestitionen und Unterhaltsaushaben im Schulbereich in Hessen 1992 – 2023

Kai Eicker-Wolf
GEW Hessen | Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
Tel. 069 – 971293 0 | info@gew-hessen.de

September 2025

1. Einleitung

Der schlechte bauliche Zustand von vielen Schulen ist immer wieder Thema in den hessischen Medien. Ein aktuelles Beispiel ist die IGS Süd in Frankfurt. Die Hälfte der Schule musste kurz vor Beginn des neuen Schuljahres wegen Einsturzgefahr ausgelagert werden.[1]

Der Investitionsstau im Schulbereich für Hessen wird nicht vom Kultusministerium erhoben. Um zumindest die Entwicklung der Bauinvestitionen und der Unterhaltungsausgaben abzubilden, wertet die GEW Hessen seit einigen Jahren Zahlen des Statistischen Landesamtes und der Schulträger aus. Im vorliegenden Text sind die Datenreihen um das Jahr 2023 aktualisiert.

2. Fragestellung und Methodik

Um die Bauinvestitionstätigkeit und die Unterhaltungsausgaben im Schulbereich auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte abzubilden, hat die GEW Hessen beim Hessischen Statistischen Landesamt eine Sonderauswertung in Auftrag gegeben. Diese Auswertung enthält Daten für die Kern- und Extrahaushalte der hessischen Kommunen für den Zeitraum 1992 bis 2023.

Die Finanzstatistik steht seit den 1980er Jahren durch vermehrte Ausgliederungen von Aktivitäten aus den Kernhaushalten vor einem Erfassungsproblem. Alle ausgegliederten Einheiten, die kaufmännisch buchen, liefern dem Hessischen Statistischen Landesamt keine verwendungsbezogenen Informationen über deren Investitions- und Unterhaltungsausgaben, sodass eine Zuordnung zu kommunalen Produkten nicht möglich ist. Dadurch besteht in der Sonderauswertung des Hessischen Statistischen Landesamtes eine Untererfassung bei den kommunalen Investitionen und den Unterhaltungsausgaben im Schulbereich.[2] Außerdem kann das Statistische Landesamt keine Angaben zu Schulen machen, die in Form von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) errichtet worden sind.

Um diese Lücke zu schließen und um alle Ausgliederungen und den Schulbau in Form von ÖPP berücksichtigen zu können, wurden alle Schulträger in Hessen kontaktiert. Der Kontakt erfolgte zunächst telefonisch. Falls Ausgliederungen oder ÖPP vorlagen, wurde eine schriftliche Anfrage per E-Mail gestellt und um Angaben zu den Ausgaben gebeten. Diese Anfrage wurde von allen Schulträgern ohne Ausnahme beantwortet. Angaben fehlen lediglich zum großen Teil der Unterhaltungsausgaben der Stadt Offenbach, weil hier die entsprechenden Zahlen aus den 1990er-Jahren nicht mehr zu ermitteln sind.[3]

Um reale, also preisbereinigte Werte berechnen zu können, wurden die Bau- und Unterhaltungsausgaben deflationiert. Die entsprechenden Preisindex-Werte wurden freundlicherweise wieder von Katja Rietzler vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) zur Verfügung gestellt. Dabei ist zu beachten, dass die hier präsentierten realen Zahlen das Basisjahr 2020 zur Grundlage haben. Damit sind die realen Werte für die Landkreise und kreisfreien Städte nicht mit den GEW-Berechnungen der Vorjahre vergleichbar, da dort das Jahr 2015 als Basiswert gewählt wurde.

Die folgenden Schulträger haben – oder hatten zwischenzeitlich – ihre Schulen in Eigenbetriebe ausgelagert: die Städte Darmstadt und Hanau sowie die Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Odenwald, Limburg-Weilburg, Waldeck-Frankenberg und der Werra-Meißner-Kreis. In Wiesbaden werden Schulen seit einigen Jahren durch die städtische WiBau GmbH gebaut. Im Jahr 2023 hat zudem die Stadt Kassel damit begonnen, Schulen durch die GWGpro zu bauen.

Die Stadt Offenbach hat wie bereits erwähnt die Unterhaltung der Schulgebäude schon vor 1992 an einen Eigenbetrieb übertragen.

[1] www.hessenschau.de/gesellschaft/frankfurter-igs-sued-muss-wegen-einsturzgefahr-umziehen-v1,igs-sued-auslagerung-frankfurt-100.html.

[2] Die Unterhaltungsausgaben umfassen die entsprechenden Ausgaben für Gebäude und Grundstücke. Separate Angaben ausschließlich zu den Gebäuden sind nicht verfügbar.

[3] Lediglich die sehr geringen Ausgaben im Kernhaushalt der Stadt Offenbach werden berücksichtigt. Außen vor bleiben die Unterhaltungsausgaben des Eigenbetriebs.

In Form von ÖPP wurde in den folgenden Kreisen und kreisfreien Städten gebaut: Frankfurt, Stadt Offenbach, Landkreis Offenbach, Landkreis Groß-Gerau, Lahn-Dill-Kreis, Vogelsbergkreis, Landkreis Kassel und zuletzt im Landkreis Waldeck-Frankenberg.

Auch zu allen ÖPP-Projekten konnten ausführliche Informationen eingeholt werden. Wenn die Investitionsausgaben nicht bereits in den Investitionsausgaben des Kernhaushalts berücksichtigt waren, dann ist das gesamte im Rahmen des jeweiligen ÖPP-Projektes verausgabte Investitionsvolumen zu den Investitionen der öffentlichen Haushalte hinzuaddiert worden – und zwar auf Basis von Angaben der jeweiligen Städte/Landkreise in den entsprechenden Jahren der Sanierung bzw. des Neubaus.

Ein Problem besteht bei der Stadt Frankfurt: Hier wurden mehrere ÖPP-Projekte verwirklicht, wobei mit Ausnahme einer Schule zwei größere „Pakete" geschnürt wurden. In diesen beiden „Paketen" sind auch nicht-schulische Bildungseinrichtungen (Volkshochschule, Bibliothek usw.) enthalten, die nicht herausgerechnet werden können. Deshalb enthält die in Tabelle 1 im Abschnitt 3.2 dargestellte Auswertung für Frankfurt zwei Werte (mit und ohne die beiden ÖPP-Pakete).

Eine gewisse und nicht vermeidbare Unschärfe ist dadurch gegeben, dass zum Teil Schulgebäude von Dritten auf Dauer angemietet werden.

3. Bauinvestitions- und Unterhaltungsausgaben im Schulbereich in Hessen

3.1. Die gesamten nominalen und realen Bauinvestitions- und Unterhaltungsausgaben

Bei den Werten in der Sonderauswertung des Statistischen Landesamtes für die Jahre 1992–2023 handelt es sich jeweils um jährliche Angaben für die Kern- und Extrahaushalte.[4] Außerdem hat das Hessische Statistische Landesamt die jährliche Zahl der Schülerinnen und Schüler (öffentliche allgemeinbildende Schulen und berufsbildende Schulen) zur Verfügung gestellt.

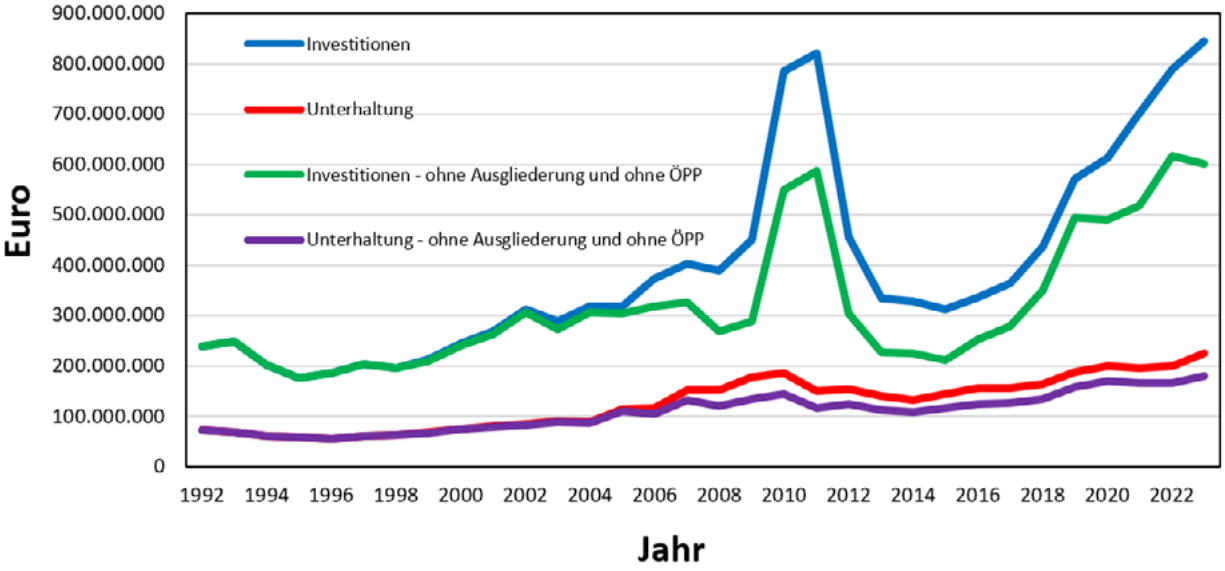
Die Zahlenreihen des Hessischen Statistischen Landesamtes wurden um die entsprechenden Werte der in Eigenbetriebe ausgegliederten Schulen und um die Investitionsausgaben im Rahmen von ÖPP-Projekten ergänzt. Da die Auswertung hier auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte erfolgt, sind bei den Kreisen auch jene kreisangehörigen Städte enthalten, die eigenständige Schulträger sind.

Abbildung 1 enthält die Zahlenreihe des Statistischen Bundesamtes zu den Schulbauinvestitionen und zur Unterhaltung sowie die um die erfragten Werte zur Ausgliederung und zu ÖPP ergänzten Zeitreihen. Abweichungen von den Zahlen des Statistischen Landesamtes treten ab 1999 auf, sie belaufen sich allerdings bis 2005 nur auf Werte von maximal fünf Prozentpunkten bei den Investitionen bzw. drei Prozentpunkten bei der Unterhaltung. Ab 2006 werden die Abweichungen dann zweistellig und schwanken zwischen 13 und 36 Prozentpunkten bei den Bauinvestitionen bzw. 11 und 25 Prozentpunkten bei der Unterhaltung. Im letzten hier ausgewiesenen Jahr 2023 betrug die Untererfassung durch die Zahlen des Hessischen Statistischen Landesamtes 29 Prozentpunkte (Bauinvestitionen) bzw. 20 Prozentpunkte (Unterhaltung). Es ist damit zu rechnen, dass diese Diskrepanz zunimmt: In der Stadt Kassel sind für das Jahr 2023 erstmals Bauausgaben der GWGpro in die Auswertung eingeflossen.[5] Laut Auskunft der Kämmerei der Stadt Kassel sind in den kommenden Jahren Investitionen in Höhe von insgesamt 300 Millionen Euro über die GWGpro geplant. Zudem will auch die Stadt Frankfurt demnächst Schulen über einen ausgegliederten Eigenbetrieb bauen.

[4] Werte für Extrahaushalte waren in geringem Umfang nur für den Main-Kinzig-Kreis und den Landkreis Waldeck-Frankenberg vorhanden.

[5] Die GWGpro ist eine Tochter des städtischen Wohnungsbauunternehmens GWG. Die Ausgaben für Schulbauinvestitionen sind durch die GWGpro in Kassel im Jahr 2023 gegenüber dem 2022 deutlich gestiegen.

Abbildung 1: Die Bauinvestitionen und Unterhaltungsausgaben der hessischen Kommunen*



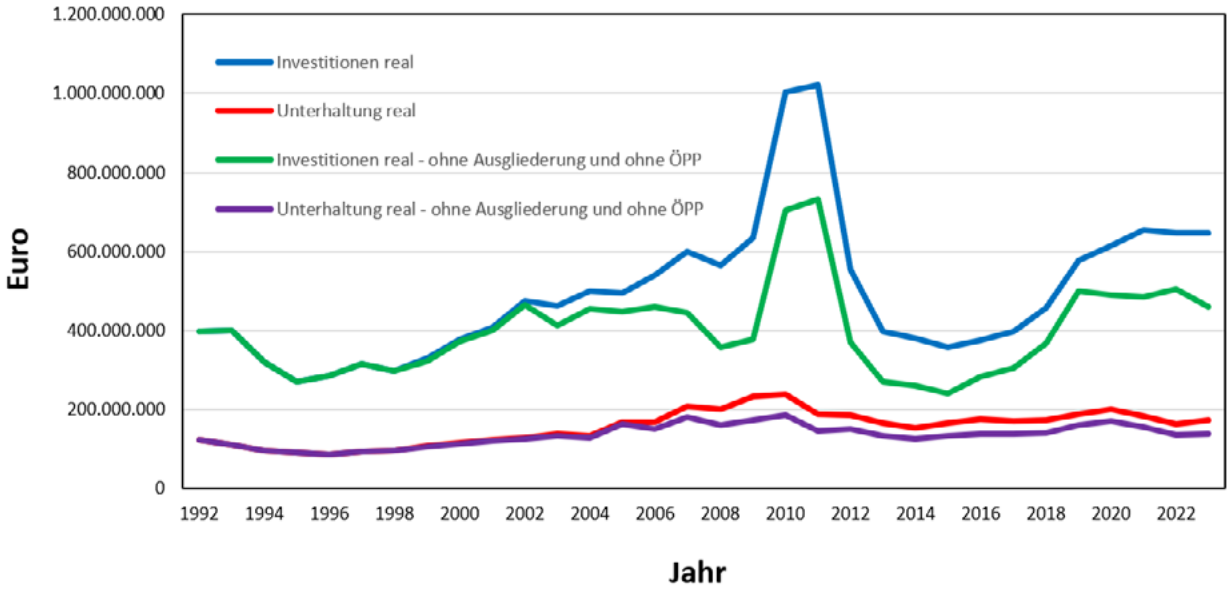
*Nominal, d.h. in laufenden Preisen. Zahlenreihen zu Investitionen und Unterhaltung ohne Ausgliederung und ohne ÖPP: Daten des Hessischen Statistischen Landesamtes zu den Kern- und Extrahaushalten. Zahlenreihe Investitionen und Unterhaltung: Ergänzung um abgefragte Daten zu Ausgliederungen und ÖPP.

Quelle: Statistisches Landesamt, eigene ergänzende Abfrage und Erhebung.

Nach den Zeitreihen in Abbildung 1 übertreffen die Investitionen im Jahr 2023 die Rekordinvestitionen der Jahre 2010 und 2011. In den Jahren 2010/11 führten die besonderen Investitionsfördermaßnahmen des Landes, aber auch des Bundes zu deutlichen Ausgabensteigerungen. Diese Maßnahmen waren seinerzeit ergriffen worden, um dem Konjunktureinbruch im Rahmen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Auffällig ist allerdings, dass die Bauinvestitionen in den Kern- und Extrahaushalten im Jahr 2023 fallen, während sie einschließlich der zusätzlich abgefragten Investitionen zulegen.

Bei der Interpretation der Ausgabenentwicklung in Abbildung 1 ist allerdings zu beachten, dass es sich um nominale, das heißt nicht preisbereinigte Zahlen handelt. Wird eine entsprechende Preisbereinigung vorgenommen – dazu ist wie bereits im Kapitel 2 erläutert eine Umrechnung in reale Werte des Jahres 2020 vorgenommen worden – erscheint die jüngste Entwicklung in einem weniger günstigen Licht. Die entsprechenden Daten für die Bauinvestitionen und Unterhaltungsausgaben sind in Abbildung 2 enthalten: Auch wenn sich die Investitionsausgaben seit dem zwischenzeitlichen Tiefpunkt im Jahr 2015 deutlich erholt haben, so liegen sie doch weit von den Höchstwerten der Jahre 2010 und 2011 entfernt. Auch die generell deutlich weniger ins Gewicht fallenden Unterhaltungsausgaben liegen aktuell klar unter dem Höchstwert des Jahres 2011. Im Jahr 2022 ist aufgrund der starken Preissteigerung im Baubereich ein leichter Rückgang bei den realen Bauinvestitionen und den entsprechenden Unterhaltungsausgaben, die Ausgliederungen und ÖPP einschließen, auszumachen. 2023 stagnierten die Werte dann.

Abbildung 2: Die realen Bauinvestitionen und Unterhaltungsausgaben der hessischen Kommunen*



*Real in Preisen von 2020. Investitionen und Unterhaltung enthalten die bei den Kommunen abgefragten Daten zu Ausgliederungen und ÖPP.

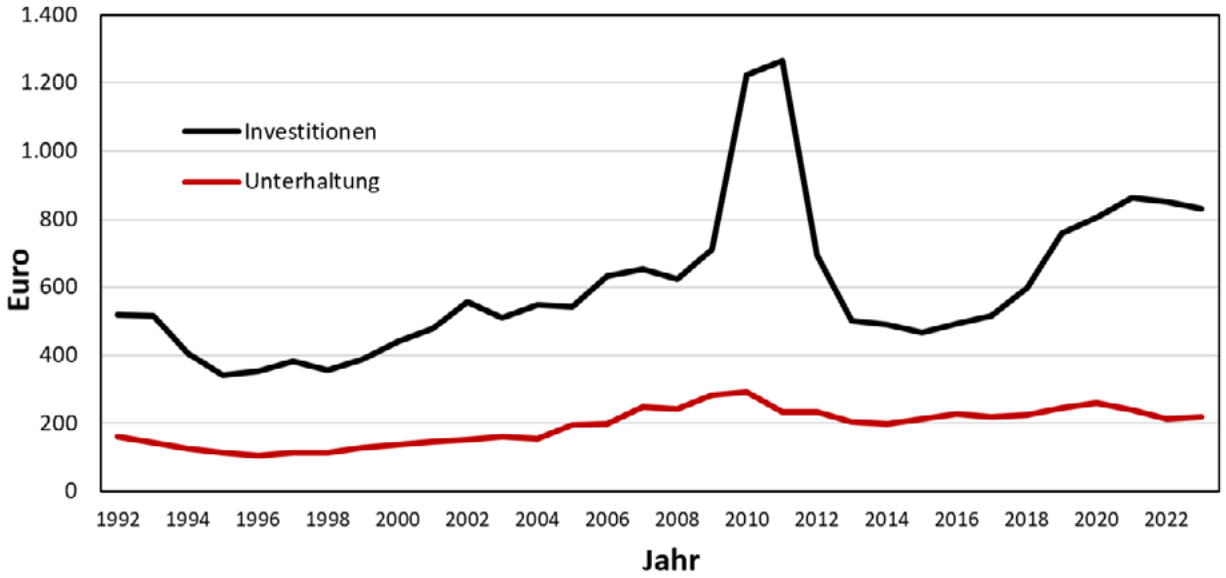
Quelle: Statistisches Landesamt, eigene ergänzende Abfrage und Erhebung.

3.2. Die realen Pro-Kopf-Ausgaben im regionalen Vergleich

Auf Basis der voranstehend bereits zur Auswertung verwendeten Daten können auch die jährlichen realen Investitions- und Unterhaltungsausgaben pro Schülerin / pro Schüler je Landkreis und je kreisfreier Stadt errechnet werden (realer jahresdurchschnittlicher Pro-Kopf-Wert). Abbildung 3 bildet die Entwicklung der entsprechenden Durchschnittswerte für Hessen ab – der Verlauf der Kurven ähnelt den Kurvenverläufen in Abbildung 2. Auch hier ist zuletzt ein Rückgang bei den Bauinvestitionen und den Unterhaltungsausgaben zu sehen.

Tabelle 1 enthält die Ergebnisse dieser Vergleichsberechnung zu den Investitions- und Unterhaltungsausgaben im Schulbereich auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte in Hessen. Dabei handelt es sich um reale jahresdurchschnittliche Werte je Schülerin / je Schüler für die Jahre von 1992 bis 2023.

Abbildung 3: Die realen Pro-Kopf-Ausgaben (Bauinvestitionen und Unterhaltungsausgaben) der hessischen Kommunen



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Erhebung und Berechnung.

Bei der Auslegung der Zahlen in der Tabelle sind Einschränkungen zu machen – das heißt, sie sollten vorsichtig interpretiert werden. So sagen sie nicht unbedingt etwas über den Zustand der Schulgebäude im jeweiligen Kreis bzw. der kreisfreien Stadt aus. So muss bedacht werden, dass der Gebäudezustand zu Beginn des hier analysierten Zeitraums ganz unterschiedlich ausgefallen sein kann. Außerdem spielt natürlich auch die Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler eine Rolle. Zu bedenken ist auch, dass es sich um einen Durchschnittswert handelt, in den alle öffentlichen Schulen eingehen. Trotz dieser Einschränkungen lassen sich aus den Daten vorsichtige Schlussfolgerungen ableiten. Auffällig ist zunächst einmal der vergleichsweise sehr hohe Wert des Hochtaunuskreises und die große Spannweite, die die Werte aufweisen – so hat der Landkreis Hochtaunus pro Jahr und pro Schülerin / pro Schüler real fast fünfmal so viel für Investitionen und Unterhaltung seiner Schulgebäude aufgewandt wie das Schlusslicht, die Stadt Kassel. Und auch die Landkreise Main-Taunus und Groß-Gerau weisen immerhin noch einen mehr als dreimal so hohen Pro-Kopf-Wert wie die Stadt Kassel auf.

Wenn die Entwicklung der Kommunen in der jüngeren Vergangenheit betrachtet wird, dann fallen einige Kommunen durch eine besonders positive Entwicklung auf. So fielen die Bauinvestitionsausgaben in Frankfurt in den Jahren 2018 bis 2020 im Vergleich zu den Vorjahren hoch aus. Deutliche Steigerungen bei den Ausgaben der vergangenen fünf bis sechs Jahre haben die Städte Darmstadt und Wiesbaden sowie die Landkreise Bergstraße, Fulda, Groß-Gerau und Schwalm-Eder zu verzeichnen. Auffällig sind die durchgehend hohen Ausgaben im Lahn-Dill-Kreis und im Landkreis Darmstadt-Dieburg seit 2012.

Tabelle 1: Durchschnittliche reale Bauinvestitions- und Unterhaltungsausgaben im Schulbereich pro Schülerin / pro Schüler1 (1992 bis 2023)

Landkreis, kreisfreie Stadt	Bauinvestitionen pro Schülerin / pro Schüler in Euro	Unterhaltung pro Schülerin / pro Schüler in Euro	Summe in Euro
Kassel, Stadt[2]	232	91	323
Vogelsbergkreis[3]	405	108	513
Wetteraukreis	438	130	568
Landkreis Hersfeld-Rotenburg	398	187	585
Landkreis Gießen	515	102	617
Landkreis Limburg-Weilburg[4]	508	118	626
Landkreis Waldeck-Frankenberg[5]	529	104	633
Landkreis Fulda	473	180	653
Landkreis Marburg-Biedenkopf	527	129	656
Schwalm-Eder-Kreis	439	219	658
Main-Kinzig-Kreis[6]	508	155	663
Landkreis Offenbach[7]	513	174	687
Odenwaldkreis[8]	528	164	692
Werra-Meißner-Kreis[9]	580	138	718
Landkreis Kassel[10]	664	116	780
Offenbach am Main, Stadt[11]	766	21	787
Rheingau-Taunus-Kreis	587	249	836
Wiesbaden[12]	613	224	837
Darmstadt, Stadt[13]	759	112	871
Lahn-Dill-Kreis[14]	689	199	888
Landkreis Bergstraße[15]	610	291	901

Landkreis Darmstadt-Dieburg[16]	737	206	943
Frankfurt am Main[17]	660 (743)	387	1.047(1.129)
Main-Taunus-Kreis	803	289	1.092
Landkreis Groß-Gerau[18]	882	211	1.093
Hochtaunuskreis	1.288	214	1.503
Durchschnitt	604	192	795

[1] Durchschnittlicher Jahreswert, real in Preisen von 2020. Abweichungen bei der Summe rundungsbedingt.

[2] Die Stadt Kassel baut seit dem Jahr 2023 auch Schulen durch die städtische GWGpro.

[3] Der Kreis Vogelsberg hat von 2011 bis 2013 eine Schule als ÖPP-Projekt in Höhe von 16 Millionen Euro gebaut (nicht im Kernhaushalt enthalten).

[4] Der Landkreis Limburg-Weilburg hat seine Schulen ab dem Jahr 2009 in den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Limburg-Weilburg ausgegliedert.

[5] Der Landkreis Waldeck-Frankenberg hatte seine Schulen von 2003 bis 2017 in den Eigenbetrieb Gebäudemanagement ausgegliedert. Außerdem wurde in den Jahren 2021 und 2022 das Gebäude einer beruflichen Schule in Korbach in Form von ÖPP gebaut.

[6] Die Stadt Hanau als Sonderstatusstadt im Main-Kinzig-Kreis hat ihre Schulen ab dem Jahr 2007 in das Immobilien- und Baumanagement (IBM) der Stadt Hanau ausgegliedert.

[7] Das Facility Management der Schulen im Kreis Offenbach wurde im Rahmen einer ÖPP ausgegliedert, die mittlerweile beendet ist. Allerdings fanden sich die Aufwendungen für die Schulen im Kernhaushalt des Kreises Offenbach (Zahlungen erfolgten an die ÖPP-Gesellschaften, die die Abwicklung durchführten).

[8] Der Odenwaldkreis hat seine Schulen ab dem Jahr 2007 in den Eigenbetrieb Bau- und Immobilienmanagement ausgegliedert.

[9] Der Werra-Meißner-Kreis hatte seine Schulen im Zeitraum von 1999 bis 2014 in den Eigenbetrieb Gebäudemanagement Werra-Meißner-Kreis ausgegliedert.

[10] Im Landkreis Kassel sind mehrere Schulen in Form von ÖPP gebaut worden, die Unterhaltung liegt aber beim Kreis. Die Investitionsausgaben beliefen sich in den Jahren 2006 bis 2012 auf insgesamt 210 Millionen Euro.

[11] Die Stadt Offenbach hat die Unterhaltung der Schulen ab 1992 weitestgehend in die GBM Gebäudemanagement GmbH ausgegliedert. Die Zahlen für die 1990er Jahre und für die erste Zeit nach der Jahrtausendwende sind nicht verfügbar, so dass die Unterhaltungsausgaben der GBM Gebäudemanagement GmbH hier nicht berücksichtigt werden können. Damit fällt der Wert der Stadt Offenbach zu gering aus.

[12] Die Stadt Wiesbaden hat mehrere Schulen durch die WiBau GmbH (100prozentige Tochter der Stadt) gebaut und an das Schulamt vermietet. Die Investitionssummen für diese Schulen sind enthalten.

[13] Die Stadt Darmstadt hat ihre Schulen im Jahr 2008 in das Immobilienmanagement Darmstadt (IDA) ausgegliedert.

[14] Der Lahn-Dill-Kreis hat in den Jahren 2007 und 2008 zwei Schulen in Wetzlar über ÖPP-Projekte saniert bzw. neu gebaut (Investitionsvolumen: 27 Millionen Euro).

[15] Seit dem Jahr 2006 werden die Schulen des Landkreises Bergstraße durch den Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft verwaltet.

[16] Seit dem Jahr 2008 werden die Schulen im Landkreis Darmstadt-Dieburg im Dadi-Werk (Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg) verwaltet.

[17] Im Rahmen des ÖPP-Projekts „Bildungszentrum Ostend“ (Investitionsvolumen 54.640.871 Euro) wurden im Zeitraum von 2003 bis 2005 neben Räumen für ein Konservatorium, die Volkshochschule und die heutige Frankfurt School of Finance and Management auch Räume für mehrere Schulen errichtet.
In einem weiteren ÖPP-Projekt wurden Sanierung/Umbau, Neubau/Erweiterung weiterer städtischer Schulen mit den angeschlossenen Einrichtungen Bildungs- und Kulturzentrum sowie einiger städtischer Einrichtungen (Stadtbücherei u.a.m.) realisiert. Das Investitionsvolumen betrug 109.118.264 Euro (Bauphase 2007 bis 2009).
Auch der Bau der IGS West mit einem Investitionsvolumen von 27.289.656 Euro erfolgte im Rahmen eines ÖPP-Projekts (gebaut 2014 bis 2015).
Der Wert für Frankfurt ohne Klammer enthält die IGS West, der Wert in der Klammer die beiden anderen ÖPP-Pakete – eine Trennung der Investitionsvolumen für die Schulen in diesen beiden Paketen war leider nicht möglich. Deshalb ist der Klammerwert zu hoch, der Wert ohne Klammern allerdings zu klein.

[18] Im Landkreis Groß-Gerau ist die erste in Form von ÖPP gebaute Schule im Jahr 2005 fertiggestellt worden. Seitdem sind bis August 2017 insgesamt 13 Schulen auf diese Art gebaut worden. Die so gebauten Schulen sind im Kernhaushalt bei den Investitionen bzw. der Unterhaltung erfasst.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Sonderauswertungen), Angaben von Stadt- und Kreisverwaltungen, eigene Berechnung.

Wenig überraschend ist, dass im Vergleich der hessischen Landkreise und kreisfreien Städte die Stadt Kassel ganz am Ende gelandet ist, da es hier in der jüngeren Vergangenheit immer wieder zu öffentlichen Protesten von Schülerinnen und Schülern sowie von Lehrkräften aufgrund des maroden Zustands vieler Schulen gekommen ist. Allerdings ist aufgrund der schon erwähnten Bauvorhaben über die GWGpro damit zu rechnen, dass sich der Kasseler Wert und damit auch der bauliche Zustand der Schulen in Kassel in den kommenden Jahren stark verbessern wird.

Die Stadt Frankfurt weist einen vergleichsweise hohen Pro-Kopf-Wert bei den Investitionen und insbesondere bei der Unterhaltung auf. Allerdings dürfte Frankfurt unter den hessischen Städten auch den mit Abstand größten Investitionsrückstand im Schulbereich haben – so ist in der Öffentlichkeit im Jahr 2023 der Betrag von 2,5 Milliarden Euro genannt worden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Frankfurt durch Zuzüge erheblich gestiegen ist. Außerdem scheint sich in Frankfurt ein hoher Bestand recht alter Schulgebäude zu befinden.

4. Zusammenfassung, Bewertung und Schlussfolgerungen

In Hessen besteht durch Ausgliederung von Schulen und den Bau von Schulgebäuden in Form von Öffentlich-Privaten Partnerschaften eine deutliche Untererfassung der Bauinvestitionen und Unterhaltungsausgaben seit dem Jahr 2006 in den offiziellen Statistiken. Bei den Bauinvestitionen sind dies im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2023 rund 26 Prozent, bei den Unterhaltungsausgaben etwa 18 Prozent. Die Aussagekraft der offiziellen Statistiken erscheint mit Blick auf die kommunalen Investitionsausgaben damit erheblich eingeschränkt zu sein. Aufgrund der gerade in Kassel erfolgten und der angekündigten (Teil-)Ausgliederungen in Frankfurt ist sogar mit einem Anstieg dieses Wertes zu rechnen.

Während die nominale Entwicklung der Bauinvestitionen auf eine erhebliche Steigerung der Bautätigkeit im Schulbereich hinzudeuten scheint, belegt die reale Entwicklung eine wenig dynamische Steigerung der Bauinvestitionen seit dem zwischenzeitlichen Tiefpunkt im Jahr 2015. Im Jahr 2022 sind die realen Ausgaben (Bauinvestitionen und Unterhaltungsausgaben) moderat gesunken und 2023 stagniert. Der bestehende Investitionsstau im Schulbereich in Hessen, für den es durch zahlreiche Berichte in den Medien klare Belege gibt, wird so nicht zu beseitigen sein.

Auf der regionalen Ebene in Hessen weisen die Investitions- und Unterhaltungsausgaben für Schulbauten in der längeren Frist eine hohe Streuung auf – dies gilt für die hier zugrunde liegende lange Frist von 32 Jahren (1992 bis 2023). Zwar ist einschränkend zu berücksichtigen, dass der Zustand der Schulgebäude im Ausgangsjahr 1992 unterschiedlich ausgefallen sein wird. Allerdings liegt die Spannweite der realen Pro-Kopf-Ausgaben je Schülerin / je Schüler bei 323 bis 1.503 Euro – das heißt, in einem Zeitraum von 30 Jahren hat die Kommune mit dem höchsten Wert (Hochtaunus) fast fünfmal so viel Geld für Erhalt und Neubau von Schulen ausgegeben wie jene mit dem geringsten Wert (Stadt Kassel). Es ist klar, dass eine so hohe Diskrepanz mit unterschiedlich gut erhaltenen Schulgebäuden einhergeht.

Zwar gibt es für Deutschland insgesamt die jährlichen Befragungen der KfW zum wahrgenommenen Investitionsrückstand der Kommunen, die für die Schulen im aktuellen KfW-Kommunalpanel einen Wert von rund 68 Milliarden Euro ausweist (KfW 2025). Damit liegt der Anteil der Schulen am gesamten kommunalen Investitionsrückstand in Höhe von 216 Milliarden Euro bei gut 31 Prozent. In keinem anderen Bereich ist der kommunale Investitionsstau größer. Regional zeigen sich in Deutschland deutliche Unterschiede, wobei Hessen zu den Bundesländern mit einem vergleichsweise hohen Investitionsrückstand zählt:

„In der regionalen Auswertung zeigt sich, dass die Kommunen im Süden Deutschlands deutlich seltener einen mindestens nennenswerten Investitionsrückstand bei ihren Schulgebäuden anzeigen als die Kommunen in Nordrhein-Westfalen oder im Südwesten Deutschlands, also in der Ländergruppe Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Während es im Süden rund 55 % sind, beträgt der Anteil in Nordrhein-Westfalen 74 % und in der Region Südwest sogar rund 80 %. Im Osten und im Norden der Republik geben jeweils rund 69 % der Kommunen einen mindestens nennenswerten Investitionsrückstand im Bereich Schulgebäude an.“ (KfW-Kommunalpanel 2025, Seite 20)

Leider gibt es keine genaue Abfrage zum Investitionsstau Schulbereich in Hessen, obwohl die GEW Hessen die Hessische Landesregierung hierzu mehrfach aufgefordert hat. Auch der Hessische Rechnungshof kommt seinem gesetzten Auftrag nicht nach, vergleichend zu prüfen, ob die Kommunen bei den Investitionen die voraussichtlichen Bedarfe berücksichtigen – dies ist ebenfalls in den vergangenen Jahren immer wieder von der GEW bemängelt worden.

Diese Verweigerungshaltung steht in deutlichem Gegensatz zur Bedeutung, die der Schulraum nach den Erkenntnissen der bildungswissenschaftlichen Forschung hat. Dieser Gegensatz wird besonders groß, wenn pädagogische Ansprüche an eine moderne bauliche Gestaltung von Schulen gestellt werden (Rittelmeyer 2016). Auch für Lehrkräfte stellen marode Schulen häufig eine erhebliche Belastung für ihre Arbeit dar (Eicker-Wolf/Freiling 2019).

Angesichts ihrer prekären Finanzlage werden die Kommunen kaum in der Lage sein, den bestehenden Investitionsstau im Schulbau zu beseitigen, zumal auch andere Bereiche als die Schulen dringende zusätzliche Investitionen erfordern.[6] Auch die Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität werden dafür nicht reichen, zumal auf Hessen (Land und Kommunen) lediglich 7,5 Milliarden Euro entfallen. Das entspricht bei einer zwölfjährigen Laufzeit einem durchschnittlichen jährlichen Volumen von 625 Millionen Euro.

Um den Investitionsstau im Schulbereich substanziell abzubauen, sollte die landeseigene Förderbank WIBank den Kommunen in den kommenden Jahren Kredite für Sanierung und Neubau von Schulen in Höhe von 3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Zins und Tilgung des Kredits sollten durch das Land erfolgen. Das ein solches Programm mit der Schuldenbremse vereinbar und rechtlich möglich ist, ist einem Kurzgutachten der hessischen Gewerkschaften zu entnehmen (Hermes 2024). Genutzt wird dabei die Tatsache, dass die Kommunen im Rahmen ihrer Haushaltsführung nicht der Schuldenbremse unterliegen. Das Land Thüringen hat ein entsprechendes kommunales Investitionsprogramm gerade auf den Weg gebracht.[7]

Literatur

Eicker-Wolf, Kai/Freiling, Harald (2019): Kollegien am Limit. Eine Auswertung der Überlastungsanzeigen von hessischen Schulen, in: HLZ 5/2019, S. 22-23.

Freier, Ronny/Geißler, René/Raffer, Christian/Scheller, Henrik (2025): Kommunaler Finanzreport 2025. Knappe Kassen, große Aufgaben, Gütersloh.

Hermes, Georg: Kreditfinanzierte Investitionen in Hessen unter den Bedingungen der Schuldenbremse, Oberursel 2024.

Raffer, Christian/Scheller, Henrik/von Zahn, Frida (2025). KfW-Kommunalpanel 2025, Frankfurt.
Rittelmeyer, Christian (2016): Probleme und Perspektiven der Schulbau-Gestaltung, in: Stadler-Altmann, Ulrike (Hrsg.): Lernumgebungen. Erziehungswissenschaftliche Perspektiven auf Schulgebäude und Klassenzimmer, Opladen/Berlin/Toronto, S. 17-30.

[6] Zur Finanzlage der Kommunen in Deutschland vgl. Freier u.a. (2025).

[7] Thüringer Finanzministerium, Medieninformation Nr. 54/2025 vom 11.08.2025: Thüringens größtes Investitionsprogramm. Ministerpräsident Voigt, Ministerin Wolf und Minister Maier stellen Thüringens größtes Investitionsprogramm vor. (www.finanzen.thueringen.de/aktuelles/medieninfo/detailseite/thueringens-groesstes-investitionsprogramm)